



TO-DO-LISTE

BODENSCHUTZ

Elf Vorschläge für die künftige Bundesregierung

Aufgrund lückenhafter Gesetze und unverbindlicher Ziele liegt Österreich beim Bodenverbrauch im langjährigen Schnitt um das Fünffache über dem selbst gesteckten Nachhaltigkeitsziel der Politik: Jeden Tag gehen im Schnitt rund 12 Hektar an wertvollen Böden verloren - das entspricht mehr als 80 Quadratmetern pro Minute. Gewerbeparks und Streusiedlungen breiten sich immer weiter aus, während die Stadt- und Ortskerne mit Leerstand kämpfen. Durch diese österreichweiten Entwicklungen wurde das 2,5-Hektar-Ziel seit seinem Beschluss im Jahr 2002 um insgesamt 110.000 Hektar verfehlt, umgerechnet um die Gesamtfläche der neun Landeshauptstädte.

Damit sägen wir am eigenen Ast, denn gesunde Böden dienen als Lebensraum, Schadstofffilter, Klimaanlage, Wasserspeicher, Kohlenstoffspeicher und liefern Nahrungsmittel. Daher ist die Reduktion des Bodenverbrauchs gemeinsam mit einer generell flächensparenden Entwicklung von höchster Bedeutung für die Zukunft Österreichs. Speziell die vergangenen Monate mit ihren dramatischen Hitzewellen und extremen Hochwasserereignissen haben gezeigt, wie dringlich ein Umdenken hin zu einem sorgsamem Umgang mit der Ressource Boden ist.

Auch die Bundespolitik muss ihre Möglichkeiten auf allen Ebenen nützen, um den Bodenverbrauch einzudämmen. Daher hat der WWF die folgenden Vorschläge erarbeitet, die im Regierungsprogramm der künftigen Bundesregierung verankert werden sollten.

1. Bodenschutz-Vertrag mit verbindlichen Zielen verankern

Der Bund sollte gemeinsam mit den Ländern eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG abschließen, die bundesweit übergeordnete Regeln und Ziele für den Bodenschutz festlegt - also zum Beispiel Grundsätze für eine sparsame und naturverträgliche Raumentwicklung sowie eine gemeinsame verbindliche Bodenverbrauchs-Obergrenze. Ein solcher Vertrag sollte den Druck auf die Länder (als Aufsichtsbehörden gegenüber den Gemeinden) deutlich erhöhen, Umwidmungen in den Gemeinden strenger auf ihre Notwendigkeit und Zulässigkeit hin zu prüfen.

2. Raumordnungskonferenz aufwerten

Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) ist ein koordinierendes Gremium für die Raumordnung zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Interessenvertretungen, sowie unterschiedlichen Ministerien. Den Vorsitz hatte ursprünglich der Bundeskanzler inne, er wurde aber zuletzt dem Landwirtschaftsminister übertragen. Im Sinne einer flächensparenden

Raumentwicklung ist es daher notwendig, die ÖROK wieder aufzuwerten. Das kann gelingen, indem der künftige Bundeskanzler sie wieder zur "Chefsache" erklärt und eine nachhaltige Raumordnung als ebenen- und fachbereichsübergreifendes Thema aufgrund seiner Koordinationsfunktion in den Mittelpunkt der politischen Agenda rückt. Zudem braucht die Geschäftsstelle der ÖROK mehr Ressourcen für ihre inhaltliche und koordinierende Arbeit. Damit sollen raumplanerische Maßnahmen und Ziele stärker abgestimmt werden. Die Arbeit der ÖROK muss auf allen Ebenen transparent ausgestaltet sein und auch die Zivilgesellschaft ernsthaft einbinden.

3. Finanzausgleich und Kommunalsteuer reformieren

Wenn Gemeinden ihre verbauten Flächen effizient nutzen und gleichzeitig biologisch produktive Böden erhalten, sollten sie dafür finanziell belohnt werden. Ausufernder Bodenverbrauch muss hingegen eingeschränkt werden. In diesem Sinne muss der Bund den Bodenschutz gemeinsam mit Ländern und Gemeinden auch im Finanzausgleich verankern, der die Geldverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden festlegt. Derzeit führt dieser mit seinem abgestuften Bevölkerungsschlüssel für die Zuteilung finanzieller Mittel an Gemeinden gemeinsam mit der Kommunalsteuer (erhoben nach den Arbeitslöhnen der Betriebe in der Gemeinde) zu einem fatalen Wettlauf um Betriebsansiedlungen und Bevölkerungszuwächse zwischen den einzelnen Gemeinden. Dies passiert oft auf Kosten wertvoller Böden, was zu neuen Baulandwidmungen führt. Eine Lösung, um dieser Konkurrenz entgegenzuwirken, wäre eine Reform der Kommunalsteuer und des Finanzausgleichs.

4. Neue hochrangige Straßenbauprojekte stoppen

Der künftige Verzicht auf neue Schnellstraßen und Autobahnen hilft dem Klima- und Bodenschutz und spart Milliarden, die anders deutlich besser investiert werden können. Denn wissenschaftlich ist schon seit Jahrzehnten belegt, dass neue Straßen mehr Verkehr mit sich bringen. Stattdessen sollten umweltschonende und flächensparende Verkehrsformen forciert werden.

5. Sanierungsrate verdreifachen

Der Fokus der künftigen Baupolitik und aller relevanten Förderungen muss eindeutig darauf liegen, bereits bestehende Gebäude zu sanieren - mit dem Ziel, die Sanierungsrate möglichst rasch zu verdreifachen. Die Aktivierung von Leerständen, die Belebung der Ortskerne und die thermische Sanierung von Gebäuden erhöhen nicht nur die Energieeffizienz, sondern auch die Lebensqualität und Nutzbarkeit. Hingegen geht eine überbordende Förderung des Bauens auf der "grünen Wiese" mit hohen gesellschaftlichen Folgekosten einher und erhöht die Zersiedelung des Landes. Etwaige Förderungen der Baukonjunktur dürfen nur unter Berücksichtigung ökologischer Ziele und Kriterien ausgeschüttet werden. Für Neubauten muss es jedenfalls eindeutige Förderkriterien geben: Innenentwicklung, kompakte Bauweisen, Anbindung an den öffentlichen Verkehr, baukulturelle Qualität.

6. Bundesweite Leerstandsdatenbank schaffen

Die (erneute) Nutzung leerstehender oder brachliegender Flächen ermöglicht die Schaffung neuen Wohnraums oder bestehende Standorte für Gewerbe rationeller zu nutzen, ohne dabei wertvolle Böden zu verbauen. Eine österreichweite Datenbank soll daher ein effektives Management und die bestmögliche Nutzung leerstehender Gebäudeflächen sowie bereits versiegelter Böden ermöglichen (insbesondere Brachflächen). Diese sollte transparent gestaltet und regelmäßig aktualisiert werden. Gleichzeitig müssen auf Bundesebene



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible.

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
ZVR-Zahl: 751753867
naturschutz@wwf.at | www.wwf.at

Bewusstseinsbildung, fachlicher Austausch und finanzielle Förderungen zur Nutzung von Brachflächen und Leerständen weiter ausgebaut werden, wie bereits mit dem „Brachflächen-Dialog“ initiiert wurde.

7. Versiegelung erschweren

Um die Versiegelung von Böden zu erschweren, schlägt eine [Studie der Technischen Universität Wien](#) eine Versiegelungsabgabe vor. Diese könnte entweder für die Gemeinden oder direkt für Bauträger gelten, wenn sie neue Flächen versiegeln lassen. Auch wenn versiegelter Boden nicht kompensiert werden kann, sollten die Einnahmen für Entsiegelungs- und Renaturierungsprojekte zweckgewidmet werden. Eine weitere Option ist die Finanzierung etwaiger Rückwidmungen jener Flächen, die für die Bebauung ungeeignet oder als Naturfläche wertvoll sind.

8. Umweltschädliche Subventionen abbauen

Rasche Vorlage eines Abbau- und Reformplans für kontraproduktive Subventionen, die das Erreichen der Klima- und Umweltziele erschweren und den Bodenverbrauch befeuern (z.B. Streichen des „Dieselprivilegs“, Ökologisierung der Pendlerpauschale). Wesentliche Grundlagen für rasche Schritte liefern die vorhandenen Analysen des WIFO und des Finanzministeriums, Stichwort „Green Budgeting“.

9. Schutzgebiete ausweisen und verbessern

Der Bund sollte eine gemeinsame Initiative mit den Bundesländern starten, um neue, qualitativ hochwertige Schutzgebiete einzurichten sowie bestehende Schutzgebiete auszuweiten und das Management zu verbessern (insbesondere Budgetmittel zur Flächensicherung im Rahmen des Biodiversitätsfonds, Erweiterung bestehender Nationalparks und Initiierung neuer Wildnisgebiets- & Nationalpark-Projekte). Bis 2030 sollen laut der EU-Biodiversitätsstrategie 30 Prozent der Landfläche durch Schutzgebiete wirksam geschützt sein. Ein Drittel davon – also zehn Prozent – soll einen strengen Schutz erhalten (vor allem Nationalparks, Wildnisgebiete). Zahlreiche Pilotprojekte zeigen, wie von gesunder grüner Infrastruktur sowohl die Natur als auch die Menschen profitieren. Zur Einordnung: Aktuell stehen laut „Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+“ rund 29 Prozent der heimischen Fläche unter Schutz. Allerdings ist diese Zahl für sich allein irreführend, denn nur rund drei Prozent der Fläche des Staatsgebiets sind tatsächlich streng geschützt (Nationalpark, Wildnisgebiet), weitere rund 14 Prozent sind Europaschutzgebiete und Naturschutzgebiete, der Rest ist lediglich gering geschützt oder der Schutzzweck liegt primär auf dem Landschaftsbild.

10. Naturverträgliche Energie-Raumplanung verankern

Vorausschauende überregionale Planung unter Einbindung der Bevölkerung und unabhängiger Fachleute, um die benötigten Flächen naturverträglich und rechtssicher auszuweisen. Vor allem braucht es mehr Personal und Budget für Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie für Verwaltungsgerichte und Beteiligungsprozesse. Erforderlich ist außerdem eine österreichweite Zonierung (Eignungs- und Ausschlusszonen) nach einheitlichen, wissenschaftsbasierten Naturschutz-Kriterien für den Ausbau und die Förderung der erneuerbaren Energien (Fokus auf Photovoltaik, Windkraft und Geothermie). Der Photovoltaik-Ausbau muss strukturell verbessert werden: Geeignete Rahmenbedingungen müssen sicherstellen, dass vorrangig bereits verbaute und versiegelte Flächen (Dächer, Parkplätze, Lagerflächen, Deponien etc.) genutzt werden. Zudem sollte die Mehrfachnutzung von unbebauten Flächen priorisiert werden (zum Beispiel Agri-PV).



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible..

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
ZVR-Zahl: 751753867
naturschutz@wwf.at | www.wwf.at

11. Renaturierung beschleunigen

Die künftige Bundesregierung muss gemeinsam mit den Ländern einen guten Renaturierungsplan erarbeiten, der wertvolle Natur schützt und die weitere Bodenversiegelung eindämmt. Ein Schwerpunkt sollte auf den Flüssen liegen, weil Österreich hier besonders viel Potenzial hat und Renaturierungsmaßnahmen auch die Krisensicherheit verstärken. Denn intakte Flüsse, Moore, Auen und andere Feuchtgebiete wirken wie Schwämme, die enorm viel Wasser speichern und damit auch Extremwetterereignisse abfedern, wenn man ihnen den Raum dafür gibt. Ein zentraler Punkt ist daher das Freihalten der notwendigen Flächen, weshalb insbesondere die [ÖROK-Empfehlungen zum Hochwasserrisikomanagement](#) lückenlos durchgesetzt werden müssen. Auch in diesem Zusammenhang empfiehlt sich ein Staatsvertrag des Bundes mit den Ländern nach Artikel 15a des Bundesverfassungsgesetzes.

Fazit und Ausblick

Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Biodiversitätskrise und ihrer schon heute spürbaren Folgen sind wirksame Bodenschutz-Maßnahmen ein Gebot der Stunde. Daher sollte die künftige Bundesregierung ein starkes Bodenschutz-Kapitel in ihrem Regierungsprogramm verankern. Zusätzlich braucht es eine enge Zusammenarbeit des Bundes mit Ländern und Gemeinden sowie Wissenschaft und Zivilgesellschaft, mit einer gestärkten Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) als zentraler Drehscheibe.

Laut einer [Umfrage des market-Instituts](#) für den WWF vom Juli 2024 gibt es für Bodenschutz-Maßnahmen in der Bevölkerung parteiübergreifende Zustimmung: 72 Prozent der Befragten sind für eine verbindliche Obergrenze für den Bodenverbrauch, 73 Prozent fordern "ein wirksames Maßnahmenpaket gegen den Verbrauch und die Versiegelung von Böden im neuen Regierungsprogramm". Im [WWF-Parteiencheck](#) haben SPÖ, Neos, FPÖ und Grüne vor der Nationalratswahl die Verankerung eines Bodenschutz-Pakets im künftigen Regierungsprogramm versprochen, wenn sie darüber verhandeln.

Wien, im November 2024



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible™

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
ZVR-Zahl: 751753867
naturschutz@wwf.at | www.wwf.at